

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 9

Artikel: Abbau und Volkswirtschaft : Argumente für die Kriseninitiative
Autor: Winkelried
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332115>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kosten und das Risiko einer Lizenzerwerbung übernimmt und den betreffenden Industrieverbänden zur Verwertung zur Verfügung stellt. Auf dem Gebiete der Produktion von Instrumenten und Apparaten, Maschinen, Automobilen und Motorrädern, Pneus, Seidenstoffen, Baumwollgeweben, Wollgarnen, Wollgeweben, Wirkwaren und Konfektion, Schuhwaren, Tonwaren, Büchern und Bildern sowie gewisser chemischer Produkte lassen sich bei planmäßiger Organisation der Inlandindustrie noch wesentliche Anpassungen der Inlandproduktion und entsprechende Verbesserungen der Handelsbilanz erzielen.

Standardisierung und Typisierung der Produktion, zweckmäßige Aufteilung der Absatzgebiete, Begutachtung der Errichtung neuer Betriebe im Sinne der Kontrolle der Erweiterung der Produktionsfähigkeit, *Errichtung von Forschungsstellen und Versuchswerkstätten*, Förderung der Heranbildung eines *leistungsfähigen Nachwuchses* in Verbindung mit den Berufs- und Gewerbeschulen sind Aufgaben, welche nur durch branchenweise gegliederte Industrieverbände, in deren Leitung auch der Staat und die Konsumenten Mitspracherecht besitzen, gelöst werden können.

Besonders schwierige organisatorische, wirtschaftliche und rechtliche Probleme ergeben sich bei der Frage der Errichtung *neuer Betriebe*. Offenbar kann nur eine volkswirtschaftliche Lenkung des Kreditstromes die notwendigen Mittel für wissenschaftliche Forschungsstellen und neue Betriebe bereitstellen. *Industrie-, Handels- und Kreditpolitik bilden ein unteilbares Ganzes*: Einzellösungen können nicht mehr helfen, wenn sie nicht in einen umfassenden Plan des wirtschaftspolitischen Umbaues der schweizerischen Wirtschaft eingeordnet sind.

Die heutige Lage erfordert Taten, klare Losungen und eindeutige Ziele. Am 2. Juni hat das Volk über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik zu entscheiden. Unsere Parole heißt: *Hilfe für die Exportindustrie nicht durch Abbau, sondern durch Umbau!*

Abbau und Volkswirtschaft

Argumente für die Kriseninitiative.

Von Winkelried.

Am 2. Juni stimmt das Schweizervolk über die *Kriseninitiative* ab. Das Trommelfeuer der Argumente für und gegen die Initiative prasselt seit langem auf die Wählerschaft herab. Die Initiative soll dem *Abbauwahn* Einhalt gebieten, der sich wie ein Meltau auf unsere Volkswirtschaft legt und die ehrliche Arbeit in Stadt und Land bedroht.

Die entschwundene »freie Wirtschaft«.

Von den Argumenten der Abbauapostel, die auf Wirkung bei Bauern und Kleingewerbetreibenden berechnet sind, gebührt besondere Beachtung und kritische Beleuchtung der Behauptung, daß der Preis- und

Lohnabbau die angeblich »*natürlichen*« Bedingungen der »*freien Wirtschaft*« wieder herstellen und damit die Wirtschaftskrise überwinden werde. Diese Gedanken haben in einer Artikelserie ihren klarsten Ausdruck gefunden, die Generaldirektor *Schindler* von der Maschinenfabrik Zürich-Oerlikon in der »Neuen Zürcher Zeitung« veröffentlicht, und die er auch in seinem Zürcher Korreferat in der kontradiktorischen Versammlung vertreten hat. Der Mann zählt zu den *liberalen Wirtschaftsführern alten Schlages*, nach denen sich die Wirtschaft von selbst reguliert durch Angebot und Nachfrage und durch die Konkurrenz der Produzenten. Er wendet sich grundsätzlich gegen jede Einmischung des Staates in die Wirtschaft, die dem »*freien Spiel der Kräfte*« überlassen bleiben müsse und dadurch von selber in Krisenzeiten zur Herabsetzung der Löhne und Preise und schließlich zur Wiedergesundung der Wirtschaft führen werde.

Diese Auffassungen stammen aus *längstvergangenen Tagen*, aus der Zeit des sogenannten »*Manchestertums*«, als der Kapitalismus noch in seiner Aufstiegszeit war und in »freier Konkurrenz« das damalige Handwerk und die Manufaktur mit der maschinellen Großindustrie überflügelte. Nichtsdestoweniger leben diese überholten Auffassungen von einer »freien Wirtschaft« auch heute noch in den Köpfen vieler kleingewerblicher und bäuerlicher Produzenten in Stadt und Land und finden bei ihnen immer wieder Anklang. Deshalb genügt es nicht, sie einfach als »nicht mehr zeitgemäß« hinzustellen, wenn man verhindern will, daß sie beim Kampf um die Kriseninitiative gegen diese wirken; man muß sie öffentlich widerlegen.

Wir leben heute nicht mehr im Zeitalter des Frühkapitalismus und der »freien Konkurrenz«, sondern im *Zeitalter des organisierten Monopolkapitalismus der Kartelle, Syndikate und Trusts*. In einem Zeitalter, in dem das »freie Spiel der Kräfte«, die Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage weitgehend aufgehoben, die Konkurrenz in starkem Grade ausgeschaltet ist und der Staat seine frühere »Nachtwächterrolle« längst aufgegeben und durch ein kompliziertes System von zoll- und handelspolitischen Maßnahmen sich sehr aktiv für die Wirtschaft eingesetzt hat. Es handelt sich dabei um eine *internationale Erscheinung*, die in allen kapitalistischen Ländern sich durchgesetzt hat.

In der frühern Wirtschaft der »freien Konkurrenz« sanken die Preise und die Löhne, wenn Ueberproduktion eintrat. Die Produktion stockte, bis die zuviel produzierten Waren abgesetzt waren und eine neu einsetzende Nachfrage die Produktion allmählich wieder belebte. So verlief damals der *Zyklus von Konjunktur und Krise*, und dieser Ablauf der Dinge schwebt heute noch breiten Wirtschaftskreisen, die den Wandel der Zeit übersehen, als Idealzustand vor, dem man auch in der heutigen Krise zum Durchbruch verhelfen müsse. Daher das Eintreten für Herabsetzung der Preise und der Löhne.

Monopolkapitalismus und Preisabbau.

In der heutigen kapitalistischen Monopolwirtschaft verlaufen die Dinge anders als in der »freien Konkurrenzwirtschaft«. Die Kartelle,

Syndikate und Trusts beherrschen die Wirtschaft und *diktieren* die Preise. Sie *widersetzen sich* in der Krise sehr wirksam *dem Abbau der Preise*. Dieser Widerstand ist am stärksten bei der *Schwerindustrie*, der Lieferantin des Roh- und Arbeitsmaterials für die Fertigungindustrie und bei deren *Großbetrieben*. Im allgemeinen aber ist die Fertigungindustrie viel schwächer organisiert als die Schwerindustrie. Sie umfaßt zahlreiche mittlere und kleine, meist kapitalschwache Betriebe. Ebenso steht's im Handel. Die Folge ist, daß der Preisabbau bei der Schwerindustrie und den Großbetrieben der Fertigungindustrie und des Handels sich *gar nicht* oder nur *unwesentlich* durchsetzen kann, während er die *kleineren Betriebe* der Fertigungindustrie, des Handels und Gewerbes *in weit stärkerer Weise* trifft. Die *Opfer* des Preisabbaus sind die *Kleinproduzenten*, an den Beherrschern der Schwerindustrie und der Großbetriebe prallt er ab, um so mehr, je mehr hinter ihnen die Großkapitalisten der Finanz- und Bankwelt stehen. Auch *in der Landwirtschaft* wirkt sich der *Preisabbau* aus, wo die Masse der Bauern von ihm schwer betroffen wird. Wer also heute unbesehen Preisabbau fordert, der *bedroht die selbstarbeitende Bauernschaft*, die kleine und mittlere Industrie sowie Handel und Gewerbe in ihrer Existenz, und der *begünstigt die großen Industrie- und Kapitalmagnaten*, die dank ihrer Monopolstellung vom Preisgewitter fast verschont bleiben.

Wie sehr bei uns in der Schweiz ein beträchtlicher Teil der großen Betriebe verstanden hat, in der Krise *dem Preisdruck zu trotzen*, lehrt schon ein flüchtiger Blick in den *Handelsteil* der großen kapitalistischen Tageszeitungen. Die Abbauapostel behaupten, die Betriebe seien mehr oder minder unrentabel. Die *Bilanzen* der Banken, industriellen Großbetriebe, Versicherungsgesellschaften usw. für 1934 aber zeigen, daß noch immer beträchtliche Dividenden herausgewirtschaftet werden. Einige wahllos herausgegriffene Beispiele aus dem Handelsteil der »Neuen Zürcher Zeitung« von Anfang April 1935 mögen das Gesagte illustrieren. Es zahlten pro 1934 an *Dividende*: Bernische Kraftwerke von 3,7 Millionen Franken Reingewinn 6 Prozent; Akkumulatorenfabrik Oerlikon von 530,000 Franken Reingewinn 16 Prozent; Kraftwerk Laufenburg bei 5,6 Millionen Franken Betriebsüberschuß 10 Prozent; Konservenfabrik Lenzburg von 520,000 Franken Reingewinn 6 Prozent; Internationale Verbandsstofffabrik Schaffhausen von 81,000 Franken Reingewinn 5,2 Prozent; Nestlé, Kondensmilch von 20,7 Millionen Franken Reingewinn 14 Prozent, Chemische Fabrik vormals Sandoz, Basel, 20 Prozent; Schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie, Basel, 7 Prozent; Aktiengesellschaft Brann, Zürich, von 351,000 Franken Reingewinn 6 Prozent usw. Vielfach halten sich diese Gewinne auf gleicher Höhe wie im Vorjahre. Im allgemeinen dürfte die durchschnittliche Dividende höchstens um 1 Prozent gegenüber 1933 zurückgegangen sein.

Lohnabbau und Kaufkraft.

Die Verfechter der *nirgends mehr vorhandenen »freien Wirtschaft«*

wollen neben den Preisen der Waren auch die *Löhne und Gehälter abbauen*. In ihrer Kurzsichtigkeit sehen sie im Lohn- und Gehaltsabbau lediglich ein *Produktionsproblem*. Für sie sind die Lohn- und Gehaltsempfänger nur Faktoren im Produktionsprozeß, deren Kosten man verringern muß. Sie sehen die Rolle der Lohn- und Gehaltsempfänger *als Konsumenten, als Käufer und Abnehmer der Waren* unserer gesamten Volkswirtschaft nicht. Sie sind blind dafür, daß es dem Unternehmer nichts nützt, wenn er infolge reduzierter Löhne und Gehälter zwar billiger produzieren, aber dafür auch weniger absetzen kann, weil die *Massenkaufkraft gesunken* ist. Sie sehen nur ihren eigenen Betrieb, nur ihre *Privatwirtschaft*, aber nicht die *Volkswirtschaft* in ihrer Gesamtheit, in welcher Produktion, Distribution und Konsumtion zu einer Einheit verschmolzen sind. Sie vergessen, daß sich unter der kapitalistischen Produktionsweise die Rentabilität der Betriebe erst herausstellt, wenn die erzeugten *Waren abgesetzt* sind, wenn sich *Käufer* für sie gefunden haben.

Wer sind heute die Käufer der in den Betrieben erzeugten Waren? Es sind die *Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger!* Ein Blick auf unsere schweizerische Statistik zeigt uns, daß von den 1,77 Millionen Erwerbstätigen in der Schweiz *1,3 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger* sind! Das heißt, 73 Prozent, *fast dreiviertel der Erwerbstätigen* gehören zu den Kreisen unserer Bevölkerung, die von einem allgemeinen Lohnabbau betroffen würden! Rechnet man die Frauen und Kinder und sonstigen Familienangehörigen dazu, so kann man sagen, daß von den vier Millionen Einwohnern der Schweiz *rund drei Millionen* in Frage kommen! Das ist die übergroße Mehrheit der Käufer unserer schweizerischen Erzeugnisse in Industrie und Landwirtschaft! Baut man ihnen die Löhne und Gehälter, also die Einkommensquellen, ab, so *verringert* man damit ihre *Kaufkraft*. Bei einem Lohnabbau von *zwanzig Prozent*, wie er von den Abbauaposteln verlangt wird, verringert sich also für rund drei Viertel unseres Volkes die Konsumkraft um ein Fünftel! Von drei Vierteln der erzeugten Waren wird rund ein Fünftel weniger verkauft als bisher. Das ist die nächste Folge. Und die weitere Folge ist ein weiterer Rückgang der Produktion, eine Verschärfung der Krise, statt ihrer Beseitigung.

Dabei lehrt die Erfahrung, daß die *Konsumeinschränkung* in der Praxis noch weit mehr als zwanzig Prozent betragen würde, aus Furcht vor weiterer Reduzierung des Einkommens und möglicher Erwerbslosigkeit. Wenn in einer Familie bisher täglich 2 Liter Milch, wöchentlich 20 Eier, 2 Pfund Butter und 4 Pfund Fleischwaren konsumiert worden sind, würde der Verbrauch sich künftig vielleicht auf 1½ Liter Milch pro Tag, 15 Eier, 1½ Pfund Butter und 3 Pfund Fleischwaren wöchentlich reduzieren. Das Beispiel auf die ganze Schweiz übertragen, und unsere ohnehin schwer *notleidende Bauernschaft* würde einen katastrophalen *Absatzrückgang* erleben. Ebenso unsere Bäcker, Lebensmittelgeschäfte und Kleingewerbetreibenden aller Art, deren Kundschaft zum großen Teil aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht. Der Lohn- und Gehaltsabbau würde also gerade für die

Kleinproduzenten in Stadt und Land und für die Kleinbetriebe schlechthin die *schlimmsten Folgen* haben und manche von ihnen ruinieren.

Wenn man dem entgegenhält, daß ja der gleichzeitige Preisabbau den *Ausgleich* bringen werde, so haben wir bereits gezeigt, daß gerade die Großindustrie durch ihre Kartelle, Syndikate und Trusts den Preisdruck für sich unwirksam zu machen versteht und fast nur die kleinen und kapitalschwachen Betriebe von ihm betroffen werden, und daß für die Masse der Konsumenten der Lohn- und Gehaltsausfall nicht entfernt ausgeglichen würde durch einen geringfügigen Preisfall.

Lohnabbau und Exportindustrie.

Die Abbaupolitiker verweisen auf die schwierige Lage unserer *Exportindustrie*, deren Absatz im Auslande immer mehr zusammenschrumpft. Die *hohen Löhne* der schweizerischen Industrie sollen daran schuld sein, weil sie unsere Fabrikanten zwingen sollen, zu *hohe Preise* zu fordern gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Selbst wenn das zutreffen würde, wäre es für die schweizerische Volkswirtschaft immer noch vorteilhafter, den Ausgleich durch *staatliche Subventionen* herbeizuführen, als durch einen allgemeinen Abbau der Löhne und Gehälter. Dieser würde ja nicht nur für denjenigen Teil der Lohn- und Gehaltsempfänger in Frage kommen, der für den Export tätig ist, sondern für *alle* Lohn- und Gehaltsempfänger. Für den *Export* arbeitet aber nur rund *ein Viertel* aller Beschäftigten, *drei Viertel* arbeiten für den *Inlandsbedarf*. Um *ein Viertel* der Produktion konkurrenzfähiger im Ausland zu machen, würde man also die übrigen *drei Viertel* der Produktion durch den Abbau in Mitleidenschaft ziehen. Wo bliebe da Logik und Vernunft?

Aber wer könnte dafür garantieren, daß der Lohnabbau unsere Exportindustrie auf dem Weltmarkt *tatsächlich* konkurrenzfähiger machen würde? Das Ausland würde ebenfalls Lohnreduktionen vornehmen oder durch staatliche Subventionen seiner Industrie *Dumping-Politik* treiben. Das ganze Abbauxperiment wäre umsonst gewesen, hätte aber unsere Gesamtwirtschaft in eine Katastrophe gestürzt.

Für die *Wahrscheinlichkeit der Erfolglosigkeit* des Abbau-Experiments hat niemand anders als gerade Herr Generaldirektor *Schindler* von der Maschinenfabrik Oerlikon in seinem Zürcher Korreferat den Beweis geliefert, als er berichtete, daß er für einen großen Auslandsauftrag *zweimal reduzierte Angebote* gemacht habe, daß aber trotzdem die Berliner AEG. (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft) den Auftrag bekommen habe, weil sie einfach erklärt habe, sie liefere *zehn Prozent billiger* als das niedrigste Angebot. Vielleicht zahlt die deutsche Reichsregierung der AEG. den Fehlbetrag. *Gegen solche Dumping-Politik hilft kein Lohnabbau in der Schweiz.*

Wirtschaftstendenzen, nicht Wirtschaftsgesetze.

Die unentwegten Abbaupolitiker, die auf ihr Rezept der Selbstheilung durch die »freie Wirtschaft« schwören, behaupten, daß sich

in der Krise Preisabbau und Lohnabbau mit der *Wirkung von Naturgesetzen* allen Gegenmaßnahmen zum Trotz schließlich doch durchsetzen würden. Deshalb sei die Kriseninitiative schließlich ein Kampf gegen Windmühlenflügel, und die Lohn- und Gehaltsempfänger täten besser, sich in das Unvermeidliche zu fügen. Diesen »guten Rat« sucht man sogar mit pseudowissenschaftlichen Argumenten zu begründen, wonach gegen die »*Wirtschaftsgesetze*« kein Kraut gewachsen sei. Eine solche Argumentation ist *grundfalsch*. Von *Marx* wissen wir, daß die Theorie von blind wirkenden Wirtschaftsgesetzen falsch ist. Nach ihm sind diese wirtschaftlichen »Gesetze« lediglich *Tendenzen*, die von *anderen* Tendenzen aufgehoben, durchkreuzt oder modifiziert werden können, und zwar durch das *bewußte* und energische Handeln der gesellschaftlichen Kräfte, in letzter Linie der *Menschen*, die hinter ihnen stehen. Nie hat *Marx* die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung als einen *mechanischen* Prozeß aufgefaßt, in den niemand eingreifen könne. Von ihm stammt das Wort, daß es sich nicht nur darum handle, die Welt zu interpretieren, sondern vor allem sie zu *verändern*. Darum sein Aufruf zur Organisation, zum Kampfe, sein Ruf: »*Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*« Man braucht auch nur daran zu erinnern, daß *Marx* sich scharf gegen das von Lassalle aufgestellte »*eherne Lohngesetz*« erklärt hat, wonach die Lebenslage der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht wesentlich gebessert werden könne, ferner daran, daß *Marx* die *Zehnstundenbill* in England als den *Sieg eines Prinzips* gefeiert hat, des Prinzips des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus.

Darum handelt es sich auch jetzt bei der Kriseninitiative, um den *Kampf gegen die niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus*, wie sie im Lohn- und Gehaltsabbau zum Ausdruck kommen. Ob und wie weit sich diese Tendenzen durchsetzen, hängt ab von dem *Gegendruck*, den die von ihnen Bedrohten, die Lohn- und Gehaltsempfänger, ihnen entgegensetzen vermögen. Dieser Gegendruck wird ausgeübt durch die gewerkschaftlichen Organisationen und die politischen und parlamentarischen Vertretungen der Lohn- und Gehaltsempfänger sowie durch den direkten *Appell an das Volk* selber, wie es die Kriseninitiative vorsieht. Nichts verfehlter als der Rat, sich *kampflos* in das angeblich »*Unvermeidliche*« zu fügen. Wenn Schiller von der Tugend sagt, der Mensch könne sie üben im Leben und solle er auch strucheln überall, er könne nach der göttlichen *streben*, so ist auch bei der Kriseninitiative das *Streben*, die Initiative, die Abwehr, der Kampf das Wesentliche und nicht die Frage, ob sie hundertprozentig siegen wird.

Dem *Kapital* fällt es nicht ein, in der Krise sofort *freiwillig* die Preise abzubauen, im Gegenteil, es kämpft mit zäher Energie um ihre Hochhaltung, und der trotzdem etwa erfolgende Preisabbau ist erst das *Resultat* eines erbitterten *Kampfes*. Wie könnte es auf dem wirtschaftlichen *Gegenpol*, bei den Lohn- und Gehaltsempfängern anders sein, wenn Lohn- und Gehaltsabbau drohen! Erst *im Kampfe* stellt sich die

Stärke der Tendenzen und Gegentendenzen heraus, und je energischer und zäher sich die Lohn- und Gehaltsempfänger *zur Wehr setzen*, desto größer für sie die Aussichten des Sieges.

Deshalb ist gerade nach Marxscher Auffassung die *Kriseninitiative* im allgemeinen ein aus den immanenten Gegensätzen der kapitalistischen Produktionsweise entspringender Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital, und im besondern ein *Kampf gegen die Auswirkungen der Krise*. Im 2. Teil des dritten Bandes von Marx' »*Kapital*« steht auf Seite 20 der Satz:

»*Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen . . .*«

Damit ist auch ausgesprochen, daß die Krisen *nicht überwunden* werden können durch Maßnahmen, welche die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen noch *vergrößern* und verschlimmern.

Kapitalismus und Planwirtschaft.

Wenn die Vernunft im Kapitalismus leitendes Gesetz wäre, so müßte er versuchen, durch *Hebung der Konsumkraft* der Massen die Krise zu überwinden. Statt die Löhne und Gehälter abzubauen, müßte er sie schrittweise *erhöhen*, damit die überschüssigen Waren abgesetzt werden könnten. Aber dazu wäre gleichzeitig die *Verhinderung weiterer planloser Ueberproduktion* notwendig. Dazu ist der Kapitalismus unfähig. So planmäßig er den *einzelnen Betrieb* organisiert und auf die richtige Proportionalität seiner einzelnen Abteilungen hält, so planlos und anarchisch, ohne inneren Zusammenhang und angemessene Proportionalität der einzelnen Produktionszweige und Betriebe zueinander, verläuft im Kapitalismus der *Gesamtprozeß* der Wirtschaft.

Auf dieses *Grundübel* hat der *Sozialismus* seit Jahrzehnten hingewiesen und vergebens eine *gesellschaftliche Planwirtschaft* nach dem Bedarf des Volkes gefordert. Jetzt dämmert es auch in bürgerlich-kapitalistischen Kreisen, daß ohne Planwirtschaft im Rahmen der einzelnen Länder und schließlich auf internationaler Grundlage aus der Weltwirtschaftskrise nicht mehr herauszukommen ist. Nachdem das bolschewistische *Rußland* mit zwei Fünfjahresplänen vorangegangen war, kam *Roosevelt* mit seinem »Neuen Plan« für den Wiederaufbau der von der Krise erschütterten amerikanischen Wirtschaft, und seitdem hört man überall von Planwirtschaft. Unsere *belgischen* Genossen haben mit ihrem »Plan der Arbeit« das belgische Volk aufgerüttelt und auch bei uns *in der Schweiz* haben unsere Gewerkschaften einen »*Plan der Arbeit*« aufgestellt.

Im Lager der *bürgerlich-kapitalistischen Parteien* der Schweiz aber herrscht immer noch das Festhalten an der *Anarchie* unserer Volkswirtschaft, steht, nach außen hin wenigstens, noch immer der *Köhlerglaube* in Blüte, daß allein die »freie Wirtschaft« mit dem »freien Spiel der Kräfte« und der »persönlichen Initiative« des Unternehmers unserer Volkswirtschaft frommt. Dabei hat auch bei uns in der Schweiz die »*Privatsozialisierung*« *in Aktiengesellschaften* längst den selbständigen

Einzelunternehmer verdrängt, an dessen Stelle *Generaldirektoren* und Direktoren von ihren *Zentralbüros aus* die Betriebe leiten. Diese Beamten privat sozialisierter Großbetriebe sind es heute vor allem, die versuchen, die Planwirtschaft in Mißkredit zu bringen, indem sie vor der »*Beamten- und Bürowirtschaft*« greulich zu machen versuchen. Ausgerechnet *sie*, die sie selber Beamte sind und von ihren Büros aus die Betriebe leiten, *sie* räsonieren über »*Beamten- und Bürowirtschaft*«, wenn von Planwirtschaft die Rede ist.

Was würde *jeder dieser Generaldirektoren* einer der großen Aktiengesellschaften *sofort tun*, wenn seine Gesellschaft plötzlich über Nacht in den Besitz aller Betriebe der Schweiz käme? Er würde sofort *einen Plan aufstellen*, nach welchem die einzelnen Betriebe zu arbeiten hätten, also *Planwirtschaft treiben*. So verfahren die kapitalistischen Diktatoren heute schon in der Praxis, wenn sie in einem Industriezweig alle Betriebe aufkaufen oder sonstwie organisieren, um ihr Monopol aufzurichten. Dann *verteilen sie die Quoten der Produktion* auf die einzelnen Betriebe und legen manche Betriebe einfach still. Das alles geschieht dann im Profitinteresse privater Kapitalisten. Wenn aber die *Volksgesamtheit* dasselbe tun will im Interesse aller Staatsbürger, dann soll eine solche Planwirtschaft zum Ruin der ganzen Volkswirtschaft führen! Dann heißt es: »*Ja, Bauer, das ist etwas anderes! Das geht nicht!*«

Der Sozialismus als Bürgerschreck.

Die Abbaupolitiker suchen jetzt auch *vor der Kriseninitiative greulich zu machen*, weil sie eine *Vorstufe zur Planwirtschaft* sei und diese zum *Sozialismus* führe. Damit hat man dann glücklich den *Dreh* gefunden, von dem man sich die größte Wirkung auf Kleingewerbetreibende und Kleinbauern verspricht. Auch der *Bundesrat* hat in seiner Botschaft zur Kriseninitiative, die er an die eidgenössischen Räte gerichtet hat, diesen Trick angewendet, indem er sagt:

»*Die Kriseninitiative führt tatsächlich . . . zu einer sozialistischen Gestaltung der Wirtschaft.*«

Das ist der *alte Bürgerschreck*, der aber heute längst *nicht mehr verfängt*, denn auch in der Bauernsane und unter den Kleingewerbetreibenden erkennt man immer mehr, daß die Sozialisten mit ihrer Forderung nach einer planmäßigen und vernünftigen Ordnung der Wirtschaft auf dem rechten Wege sind. Sie sehen, daß sie in der heutigen *großkapitalistischen Spekulationswirtschaft ebenso in ihrer Existenz bedroht* sind, als die Lohn- und Gehaltsempfänger, und daß sie sich mit diesen *gemeinsam* dagegen zur Wehr setzen müssen, um sich ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Diese Wahrheit wird auch von *geistlicher Seite* heute offen ausgesprochen. So sagt *Pfarrer Reichenberger*, der Generaldirektor des *katholischen Volksbundes* in der Tschechoslowakei:

»Ich halte es für *Christenpflicht*, immer und immer wieder zu betonen: Jeder Mensch hat ein Anrecht auf ein menschenwürdiges

Dasein, auf einen ausreichenden Lohn, auf eine gesunde Wohnung, auf genügende Erholung. Und wenn es *der Sozialismus ist*, der diese Forderungen aufstellt, so handelt er eben in diesem Falle christlich.«

Solche Aussprüche aus geistlichem Munde lassen sich noch viele anführen. Auch *Führer der Bauernsamen und des Kleingewerbes* in der Schweiz haben sich bekanntlich mit den Lohn- und Gehaltsempfängern *solidarisch* erklärt und mit ihnen *gemeinsam die Kriseninitiative lanciert*, zum großen Aerger der alten reaktionären Parteien unseres Landes. Schon beginnt das *alte Spiel* wieder, nach dem Grundsatz »*Teile und herrsche!*«, einen Keil in die »Front der Arbeit« zu treiben und Bauern und Gewerbetreibende durch Schwenken des roten Lappens kopfscheu zu machen, damit sie am 2. Juni nicht für die Kriseninitiative stimmen. Auch der *Bundesrat* wirft in dieser edlen Absicht der Bauernschaft einen *Köder* hin, indem er ihnen eine Entschuldungsaktion mit 100 Millionen Franken — *verspricht!* An diesem Beispiel können unsere Bauern wieder einmal ersehen, wie recht seinerzeit der heutige »Fronten«-Oehler hatte, als er am 3. Oktober 1928 in den »Schweizerischen Monatsheften« schrieb:

»Ohne die Möglichkeit der ausgesprochenen oder unausgesprochenen Drohung, ins sozialistische Lager abzuschwenken, *hätte die Bauernschaft bei den Nutznießern der Ordnung von 1848 noch nicht manche ihrer Forderungen durchzusetzen vermocht.*«

Die Wahrheit dieses Ausspruches beweist die plötzliche Absicht des Bundesrates, jetzt endlich an die Entschuldung der Bauern heranzutreten. Ohne das Vorliegen der Kriseninitiative wäre ihm das nicht eingefallen. Auch die *neue Stützung des Milchpreises*, dessen Abbau Bundesrat *Schultheß* schon in Aussicht gestellt hatte, ist nur der *Furcht vor der Kriseninitiative* zu verdanken. Deshalb muß die *Parole der Bauern* jetzt lauten: Her mit der Entschuldungsaktion als *Abschlagszahlung* auf die Bauernforderungen der Kriseninitiative und nun erst recht Mann für Mann für die *Kriseninitiative gestimmt!*

Aufwärts und vorwärts!

Gelingt es, *die Abbauwolke zu verscheuchen* — und das will die Kriseninitiative —, so führt das bei den Massen der Konsumenten zur Aufgabe der erzwungenen Zurückhaltung im Gebrauch noch vorhandener Kaufkraft und trägt bei zur allmählichen Wiederbelebung der Wirtschaft, zur schließlichen Ueberwindung der Krise. *Der Abbauwahn aber lähmt jede Initiative zur Krisenüberwindung.* Die ständige Furcht vor dem Abbau ihrer Kaufkraft, die wie ein drohendes Unwetter über den Volksmassen schwebt, muß von ihnen genommen werden. Das ist die erste Voraussetzung dafür, daß es in der schweizerischen Volkswirtschaft wieder *aufwärts und vorwärts* gehen kann.

In dieser Erkenntnis muß jeder Lohn- und Gehaltsempfänger, jeder Angehörige der Bauernschaft und jeder Kleingewerbetreibende, *müssen*

alle Schweizer Bürger, die zur »Front der Arbeit« gehören, am 2. Juni geschlossen ihre Stimme abgeben für die Kriseninitiative, allem demagogischen Geschrei ihrer Gegner zum Trotz!

Volk, wehre dich!

Warenausfuhr und Deflation

Von R u d o l f B e r t s c h i.

Die »Neue Zürcher Zeitung« beschäftigt sich in ihrer Ausgabe vom 30. März 1935 mit einem Vortrag, den Dr. Max Weber am 19. März in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Bern gehalten hat. Sie wendet sich insbesondere gegen die Feststellung des Genossen Weber, daß in der Weltwirtschaftskrise auch die Ausfuhr jener Länder, die eine Deflationspolitik betrieben haben, sehr stark zusammengeschrumpft ist. Im Gegenteil sucht sie zu beweisen, daß die deutsche Deflationspolitik, wie sie von Brüning eingeleitet und durchgeführt wurde, einen günstigen Einfluß auf die deutsche Ausfuhr gehabt habe. Nachdem der Rückgang der deutschen Ausfuhr auch in der Brüningzeit von ihr nicht wohl geleugnet werden kann, wartet sie mit der fadenscheinigen Behauptung auf, daß die deutsche Ausfuhr gerade wegen der Deflationspolitik lange nicht in dem Maße wie der Welthandel zurückgegangen sei. Der Welthandel sei nämlich, wenn man ihn für das Jahr 1929 auf 100 ansetzte, in den folgenden drei Jahren auf 81, 58 und 39 gefallen, die deutsche Ausfuhr aber nur auf 89, 71 und 42. Unter diesen Umständen könne man von einer Wirkungslosigkeit der deutschen Deflation gegenüber der Ausfuhr nicht sprechen. Der starke Rückgang der deutschen Ausfuhr in den Jahren 1933 und 1934 aber könne der Deflation nicht mehr zur Last gelegt werden, weil seit 1933 in Deutschland eine Ankurbelungspolitik im Innern betrieben worden sei, die zu einer Preissteigerung geführt und die deutschen Waren auf dem Weltmarkt dadurch konkurrenzunfähig gemacht habe.

Diese Darlegungen in der »Neuen Zürcher Zeitung« sind ein Musterbeispiel für die fehlerhafte und unsachliche Art, mit der von großkapitalistischer Seite gegen die Kriseninitiative gearbeitet und den unangreifbaren Feststellungen ihrer Befürworter entgegengetreten wird. Die Behauptungen des Genossen Max Weber über die deutsche Ausfuhr werden nämlich durch die einschlägigen Angaben im statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich voll erwiesen.

Danach besaß die deutsche Ausfuhr im Jahre 1929 einen Wert von 13,48 Milliarden Reichsmark. Sie fiel im Jahre 1930 auf 12,035, im Jahre 1931 auf 9,6, im Jahre 1932 auf 5,73, im Jahre 1933 auf 4,87 und im Jahre 1934 auf 4,16 Milliarden Reichsmark. Im Januar 1935 ging sie gegenüber Dezember 1934 abermals um 55 Millionen auf 299 Millionen Reichsmark zurück und erreichte damit seit Kriegsende den tiefsten Stand. Der Gesamtumfang des deutschen Außenhandels (Einfuhr und Ausfuhr zusammen) ist von 26,9 Milliarden Reichsmark